

JG-INFOMAIL-5 / Teil 2, aktualisiert
»Pressefreiheit in Gefahr
- staatsanwaltschaftliche Ermittlungen
gegen Buchautoren vom »Netzwerk des Todes«!
MEDIENBERICHTE (AUSWAHL)
zusammengestellt von Jürgen Grässlin,
Buchautor und Anzeigerstatter,
zum brisanten Justizskandal
um die illegalen G36-Gewehrexporte
in Unruheprovinzen Mexikos«
vom 30.04.2016

Pressefreiheit in Gefahr
- staatsanwaltschaftliche Ermittlungen
gegen Buchautoren vom »Netzwerk des Todes«!

MEDIENBERICHTE (Auswahl)
zusammengestellt von Jürgen Grässlin,
Buchautor und Anzeigerstatter,
zum brisanten Justizskandal
um die illegalen G36-Gewehrexporte
in Unruheprovinzen Mexikos

Freiburg, den 30. April 2016
(aktualisierte Fassung)

Medienberichte (eine Auswahl)

pressenza.com 29.04.2016 - INTERNATIONAL PRESS AGENCY

<http://www.pressenza.com/de/2016/04/staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-grimmepreis-gekroente-enthueller-illegaler-waffendeals/>

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Grimmepreis-gekrönte Enthüller illegaler Waffendeals

Johanna Heuveling



Verleihung des Grimme-Preises. v.l.n.r.: Manfred Hattendorf (SWR), Jochen Kölsch (Diwafilm), Daniel Harrich (Regisseur), Thomas Reutter (ARD), Jürgen Grässlin (Fachberater) und Wolf-Dieter Vogel (*tageszeitung, taz*)

Am 8. April nahmen der Filmemacher Daniel Harrich und sein Team für ihren Film „Meister des Todes“, der sich mit dem Export von Maschinengewehren durch die Firma Heckler & Koch nach Mexiko beschäftigt und illegale Machenschaften der Firma und der Behörden aufzeigt, für ihre journalistische, investigative Leistung den Grimmepreis 2016 entgegen. Nun wird gegen die Autoren des dazugehörigen Enthüllungsbuches „Netzwerk des Todes. Die

kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“ staatsanwaltlich ermittelt.

Dabei waren die Recherchen zu Buch und Film der Staatsanwaltschaft übergeben worden, damit sie Ermittlungen gegen die Verantwortlichen des Waffendeals einleiten kann. Nun wird aber durch die Münchner Staatsanwaltschaft gegen die drei Autoren, Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg, wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen, ermittelt. „Unglaublich aber wahr,“ sagt dazu Jürgen Grässlin. „Daniel Harrich hatte der Staatsanwaltschaft zahlreiche Dokumente zur Verfügung gestellt, auf deren Basis die staatsanwaltschaftliche Klageschrift gegen Heckler & Koch verfasst werden konnte. Statt eines Dankes wird nunmehr seitens der Staatsanwaltschaft München gegen uns Autoren des Netzwerk-Buches ermittelt.“

Bereits am 19. April 2010 hatte der Autor und Aktivist Jürgen Grässlin wegen des Verdachts des Verkaufs von mehr als 10.000 G36-Sturmgewehren und MP5-Maschinenpistolen in verbotene Unruheprovinzen Mexikos gegen Heckler & Koch Strafanzeige erstattet. Diese wurde am 26. November 2012 auf Behördenvertreter der Rüstungsexport-Kontrollbehörden, dem Bundesausfuhramt (BAFA) und dem Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), erweitert.

Am 13. Oktober 2015 hat die Staatsanwaltschaft dann endlich Anklage gegen zwei ehemalige Geschäftsführer und vier Mitarbeiter von Heckler & Koch wegen des bandenmäßigen Waffenexports von Kriegswaffen nach Mexiko erhoben, nicht jedoch gegen die beschuldigten Mitarbeiter der Behörden. „Die Staatsanwaltschaft spielt mit allen juristischen und taktischen Kniffen, um eine Erweiterung des Verfahrens zu verhindern,“ sagt der Tübinger Rechtsanwalt Rothbauer. So gäbe die Stuttgarter Staatsanwaltschaft vor, man habe die Ermittlungen gegen Behördenvertreter eingestellt, weil kein Anfangsverdacht existiert habe. Und dies, so Jürgen Grässlin, trotz des Buch „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“, welches eine umfassende Dokumentation des Zusammenspiels der „Triade des Todes“ (Heckler&Koch, BAFA und BMWi) enthielte.

Mehr als sechs Monate sind nun seit Erstellung der Anklageschrift gegen Heckler & Koch vergangen und noch immer ist kein Termin für das anstehende Gerichtsverfahren anberaumt. „Die Kammer prüft derzeit die Anklageschrift sehr intensiv“, so Bettina Gebert, Sprecherin beim Landgericht Stuttgart. Grässlin: „Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, in einem öffentlichen Verfahren vor der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Stuttgart die rechtsstaatliche Untersuchung rund um die widerrechtlichen G36- und MP5-Exporte nach Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero mitverfolgen zu können. Wer das Außenwirtschafts- bzw. Kriegswaffenkontrollgesetz (AWG bzw. KWKG) verletzt, muss rechtmäßig verurteilt werden.“

Zu den Ermittlungen gegen ihn und die zwei anderen Autoren sagt er: „Die Recherchen sind getätigt, Filme und Netzwerk-Buch sind publiziert, die Beweise sind erbracht: Die Triade des Todes funktionierte durch das Zusammenspiel von Waffenfirma und Kontrollbehörden. Die Wahrheit lässt sich auch durch juristische Repressionen gegen die Rechercheure des widerrechtlichen G36-Gewehrdeals mit Mexiko nicht aus der Welt schaffen.“ Nicht zum ersten Mal versage eine deutsche Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung widerrechtlichen Waffenhandels und schütze Beteiligte am Waffenhandel, so Grässlin weiter und erinnert an den Fall des Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber und das skandalöse Vorgehen der

Staatsanwaltschaft Augsburg im Fall erwiesener widerrechtlicher Rüstungstransfers nach Saudi-Arabien sowie der Bestechung von CSU-Politikern. „Schreiber wurde verurteilt – wegen Steuerhinterziehung, nicht wegen illegaler Rüstungsexporte.“

Kategorien: Europa, Frieden und Abrüstung

Tags: G36 Maschinengewehre, Heckler & Koch, Jürgen Grässlin, Meister des Todes, Mexiko, Triade des Todes

Über den Autor

[Foto]

Johanna Heuveling

lebt in Berlin und arbeitet als Biologin an der Humboldt Universität. Aktiv ist sie in Welt ohne Kriege e.V. und Pressenza Berlin. Journalistisch interessiert sie besonders Flüchtlingspolitik, Waffenhandel, Afrika, ausserdem Kunst und Spannendes aus den Wissenschaften. Ihr Interesse ist die Überwindung der Gewalt durch gewaltlose Methoden: Versöhnung und die Überwindung der Angst, welche die Wurzel der Gewalt ist.

stern (Printausgabe) vom 28.04.2016, Seite 115

Waffenexport. Die G36-Bande.

Deutsche Gewehre landeten in Mexiko - illegal, vermutet die Staatsanwaltschaft.

Dem *stern* liegt die Anklageschrift vor

Von Johannes Röhrig und Helmut Reister

SPUTNIK NEWS vom 28.04.2016, 18:49

<http://de.sputniknews.com/kultur/20160428/309546227/business-buerokratie-waffenschmuggel.html>

„Netzwerk des Todes“

– gehen Business und Bürokratie beim Waffenschmuggel unisono?

[Foto] © *REUTERS* / Daniel Becerril

Erst wurden die Autoren Daniel Harrich, Danuta Harrich-Sandberg und Jürgen Grässlin für ihr Projekt mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Nun bekamen sie eine ganz andere Rückmeldung auf ihre Arbeit über Waffenschmuggel nach Mexiko.

Die Staatsanwaltschaft prüft, ob in ihrem Buch geheime Dokumente veröffentlicht worden sind. Der Vorwurf lautet auf Verstoß gegen das Pressegesetz und Geheimnisverrat.

Jürgen Grässlin erläutert im Interview mit Bolle Selke, dass den Autoren des Buches „Netzwerk des Todes“ und der dazugehörigen *ARD*-Dokumentation „Tödliche Exporte – Wie das G36 nach Mexiko kam“ die Publikation von Dokumenten über den illegalen Waffenhandel von Heckler und Koch vorgeworfen werde.

Der Untertitel des Buches „Netzwerk des Todes“ ist da sehr vielsagend, denn er lautet: „Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden.“ Sie weisen auf der Basis von über 1.000 Insiderdokumenten eines beziehungsweise mehrerer Whistleblower nach, dass es eine enge Verflechtung gegeben hat – Grässlin nennt das eine Triade des Todes. Dem Erachten der Autoren nach bestand diese beim illegalen sowie legalen Waffenexport nach Mexiko aus Beschäftigten der Firma Heckler und Koch sowie Behördenmitarbeitern des Bundesausfuhramtes und des Bundeswirtschaftsministeriums.

Das heißt, betont Grässlin, dass zum ersten Mal in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nachgewiesen werden konnte, dass der illegale Waffenhandel nicht nur deshalb funktioniert, weil eine Firma oder deren Beschäftigte Interesse haben, diese Kriegsgebiete – auch verbotene – mit deutschen Waffen vollzupumpen, sondern dass es in den Behörden – die eigentlich kontrollieren sollten – auch Mitarbeiter gibt, die bei diesem Spiel beteiligt sind.

Der Staatsanwaltschaft Stuttgart, die der Staatsanwaltschaft München die Anweisung erteilt hat, gegen die Journalisten zu ermitteln, macht Jürgen Grässlin schwere Vorwürfe. Er betont, man müsse der Behörde schwerste Versäumnisse vorhalten. 2012 hatte der Friedensaktivist Grässlin die 2010 gegen Heckler und Koch gestellte Strafanzeige um weitere Beschuldigte erweitert. Betroffen von dieser Erweiterung waren Angehörige der zuständigen Abteilungen des Bundeswirtschaftsministeriums sowie des Bundesausfuhramtes. Unterstellt wurde den Betroffenen schuldhaftes Beihilfe durch Unterlassen von Exportkontrolle, beziehungsweise sogar weitergehende Mitwirkung.

Laut Grässlin hätte dies nun die deutsche Justiz prüfen müssen. Seiner Meinung nach hätte der zuständige Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, wo die Strafanzeige gestellt worden war, schon eigenständig merken müssen, dass auch die Behörden in diesen Fall involviert sind. Spätestens bei der Vernehmung habe es sehr deutliche Hinweise darauf gegeben. Da der Staatsanwalt Peter Vobiller aber nicht tätig wurde und jetzt die fünfjährige Verjährungsfrist in Kraft getreten ist, stellt es sich so dar, dass sechs Mitarbeiter von Heckler und Koch angezeigt wurden, aber die Behörden in keinsten Weise mehr belangt werden können.

Den Fall um die beschuldigten Behördenmitarbeiter legt der Sprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Jan Holzner, allerdings etwas anders dar. Das Verfahren sei nicht eingestellt, sondern gar nicht erst eingeleitet worden, da man nach Prüfung keinen Anfangsverdacht gesehen habe. Diese Auffassung wurde auch vom Oberstaatsanwalt in einem Berufungsverfahren gestützt. Grässlin und Harrich wollten der Behörde Taschenspielertricks unterstellen, die nicht existieren würden, so die Begründung.

Trotzdem wundert sich der Filmemacher und Mitautor Daniel Harrich, dass nun gegen diejenigen, die den Skandal aufgedeckt haben, ermittelt wird und nicht gegen die beschuldigten Waffenhändler und Behörden. Das ginge gegen seine

Erwartungen an den Rechtsstaat. Die jetzige Situation mache ihn sehr betroffen und stelle für ihn auch in gewisser Weise das System in Frage.

Harrich meint, dass sich die zuständigen Beamten, laut den ihm vorliegenden Akten und Unterlagen, bei der Erschleichung von Genehmigungen für Kriegswaffenexporten mindestens mit strafbar gemacht haben. Wie könne es also sein, dass gegen die nicht ermittelt wird, aber dafür nun gegen die Journalisten. Für Harrich fühlt es sich ein bisschen so an, als ob es hier so eine Art Vertuschungs- oder Ablenkungsmanöver gebe. Sobald es um die Behörden geht, würden beide Augen zugeedrückt. Viele Verdachtsmomente blieben schlichtweg unbeachtet. Nach Harrichs Wahrnehmung ist das der Versuch, die Kollegen in den Ministerien zu decken. Ihm gehe es hier auch gar nicht um die moralisierende Argumentation: Sind Waffen gut oder böse? Es gehe ihm nur um die Einhaltung der deutschen Gesetze.

Derartige Diskrepanzen sieht der stellvertretende Sprecher der Staatsanwaltschaft München, Florian Weinzierl, bei den Ermittlungen nicht. Laut ihm wurde ein Ermittlungsverfahren nach Paragraph 353 d eingeleitet, die amtliche Überschrift dieses Straftatbestands lautet auf verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen. Dabei gehe es letztlich darum, dass es gesetzlich unter Strafe gestellt ist, Mitteilungen oder Schriftstücke aus einem Strafverfahren zu veröffentlichen. Dabei soll insbesondere der Schutz der Gerichtsverhandlungen und die Unbefangenheit der Zeugen gewährleistet werden. Nun stehe der Vorwurf im Raum, dass Schriftstücke, oder wesentliche Teile von Schriftstücken, veröffentlicht wurden. Jetzt laufen die Ermittlungen, nach deren Abschluss dann geprüft werden muss, ob eine Anklage zu erheben ist oder ob das Verfahren eingestellt wird.

Die beiden Verfahren gegen Heckler und Koch und gegen die Autoren von „Netzwerk des Todes“ müsse man laut dem Staatsanwalt getrennt voneinander betrachten. Hier gehe es nun um die Frage der strafrechtlichen Relevanz der Veröffentlichungen in dem Buch. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens erfolge grundsätzlich, wenn ein Anfangsverdacht besteht. Das heiße, wenn es grundsätzlich nur Anhaltspunkte gibt, das ein strafrechtliches Verhalten vorliegen könnte, ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, hier ein Verfahren einzuleiten, und dann wäre offen, ob das Verfahren einzustellen ist oder nicht. Noch einmal betont er, man müsse die Trennlinie zwischen der Veröffentlichung von einzelnen Schriftstücken und den Ermittlungstätigkeiten der Staatsanwaltschaft Stuttgart sehen.

Jürgen Grässlin sieht diese Trennlinie wiederum nicht so deutlich. Immerhin wurde das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart eingeleitet und an München abgegeben. Er möchte keine Mutmaßungen zu Motiven für die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Stuttgart machen, erwähnt jedoch, dass Staatsanwälte weisungsgebunden sind. Was er also auf jeden Fall sagen könne, sei, dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder quasi der Cheflobbyist von Heckler und Koch ist. Kauder ist auch der Wahlkreisabgeordnete im Kreis Rottweil-Tuttlingen und laut Grässlin die rechte Hand von Bundeskanzlerin Merkel, die den Bundessicherheitsrat leitet und permanent Zustimmungen zu neuen Rüstungsexporten von Heckler und Koch gäbe. Dem Friedensaktivisten liegt ein Papier vor, das auf einen Beschluss des Bundessicherheitsrates vor wenigen Wochen zu 13 Exportbewilligungen hinweist, und davon waren wieder sechs für Heckler und Koch.

In Rottweil-Tuttlingen, genauer der Stadt Oberndorf, hat die Firma Heckler und Koch ihren Stammsitz. Grässlin erläutert weiter, dass es 2009 im Bundestagswahlkampf ein Treffen mit Volker Kauder bei Heckler und Koch gab, eine Presseveranstaltung, wenn man so will. Der Hauptgesellschafter von Heckler und Koch, Andreas Heeschen, bedankte sich dort nachdrücklich bei Volker Kauder für die Unterstützung der Rüstungsexportgeschäfte. Das Fazit, das Jürgen Grässlin daraus zieht, ist, dass sowohl die Politik als auch der Rechtsstaat in Deutschland in Sachen Waffenhandel nicht zu funktionieren scheinen – und wenn überhaupt, dann im Sinne der Rüstungsindustrie.

TV-TIPP - Nachrichtenbericht zum Anschauen:

Berichterstattung in den Nachrichten von *Landesschau aktuell Baden-Württemberg*

Ermittlungen gegen Grimme-Preisträger

27.4.2016 | 19.30 Uhr | 2:06 min

Link zur Mediathek:

<http://swrmediathek.de/player.htm?show=2aaa2cd0-0cad-11e6-be5d-0026b975e0ea>

Stuttgarter Zeitung vom 27.04.2016 - 19:42 Uhr

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.heckler-und-koch-ex-gerichtschef-als-mitglied-von-bande-angeklagt.49b14d7d-a751-42e9-93db-aa7cc51edf91.html>

Heckler und Koch Ex-Gerichtschef als Mitglied von Bande angeklagt

Von Andreas Müller

Als Präsident des Landgerichts Rottweil war er hoch angesehen. Dann ging Peter Beyerle zur Waffenfirma Heckler & Koch. Nun steht er wegen illegaler Exporte unter Anklage – und soll sogar einer Bande angehört haben.

[Foto] Illegale Exporte nach Mexiko haben Heckler und Koch in Verruf gebracht.

Foto: dpa

Stuttgart - Offiziell verrät die Staatsanwaltschaft Stuttgart, wie stets, keine Namen. Als die Behörde im vorigen November Anklage gegen sechs „Verantwortliche eines Waffenherstellers“ erhob, nannte sie nur deren Funktionen. Zwei ehemalige Geschäftsführer, zwei einstige Vertriebsleiter, eine Mitarbeiterin und ein früherer Verkaufsrepräsentant würden beschuldigt, gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Sie seien daran beteiligt gewesen, dass in den Jahren 2006 bis 2009 in 16 Fällen Gewehre und Zubehör ohne die erforderliche Genehmigung nach Mexiko geliefert wurden – illegal also, was alle gewusst hätten.

Kein Geheimnis war, dass es um die Oberndorfer Waffenfirma Heckler & Koch geht. Wer konkret angeklagt wurde, ließ sich vermuten, etwa aufgrund der Strafanzeige, mit der der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin die Ermittlungen 2010 ausgelöst hatte. Nun aber, da die Anklage näher bekannt wird, bestätigt sich eine besonders bizarre Personalie. Ein Prozess droht auch einem Mann, der sein Berufsleben lang selbst Prozesse geführt hat, allerdings aus ganz anderer Perspektive: dem einstigen Präsidenten des Landgerichts Rottweil, Peter Beyerle (75).

Nach der Pensionierung nämlich hatte er eine zweite Karriere bei Heckler & Koch begonnen, die ihm schon in den vergangenen Jahren reichlich Ärger mit der Justiz einbrockte. Nun sieht er sich gar mit dem Vorwurf konfrontiert, Teil einer organisierten Bande gewesen zu sein, die die deutschen Genehmigungsbehörden bis hinauf zum Bundessicherheitsrat gezielt hinters Licht führte – und daran gut verdiente. So ergibt es sich aus der fast 40-seitigen Anklageschrift, die Beyerles Wirken breitem Raum widmet.

Für Kontakte zu Ministerien zuständig

Es geht um Waffengeschäfte im Umfang von mehr als vier Millionen Euro, die nie hätten stattfinden dürfen. Geliefert wurde nach den Erkenntnissen der Staatsanwälte nicht in die offiziell angegebenen Regionen Mexikos, sondern in vier Unruheprovinzen. Für diese wäre wegen bürgerkriegsähnlicher Zustände und anhaltender Menschenrechtsverstöße fraglos keine Genehmigung erteilt worden. Zuständig für die Kontakte zu Behörden und Ministerien war bei Heckler & Koch ein Mann, der dort schon wegen seines vorherigen Berufslebens hohes Ansehen genoss: der Landgerichtspräsident a.D. Beyerle aus dem nahen Rottweil. Die Seriosität, für die dieser Titel zu bürgen schien, sollte offenbar auch auf seine neuen Aufgaben in Oberndorf ausstrahlen: zunächst als Behördenbeauftragter, dann als Ausführverantwortlicher und schließlich als Geschäftsführer – bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2010.

Doch laut der Anklage soll der Ex-Gerichtschef alles andere als seriös agiert haben. In zwölf gesonderten Fällen werden ihm verbotene Kriegswaffenexporte und Verstöße gegen Ausfuhrvorschriften zur Last gelegt. Die Lieferungen nach Mexiko habe er zusammen mit anderen Angehörigen der „Bande“ möglich gemacht, als längst klar war, dass sie nicht genehmigt würden. Gewusst habe er das spätestens seit einem Besuch 2006 im Auswärtigen Amt. Der Jurist habe sich um die Nachweise für den angeblichen „Endverbleib“ gekümmert und sogar einen verräterischen Fehler ausgebügelt: Als die Beschaffungsbehörde in Mexiko, über die die Geschäfte abgewickelt wurden, einmal einen verbotenen Bundesstaat als Ziel aufführte, soll er das als harmlosen Irrtum dargestellt haben. Als Motiv vermuten die Ermittler bei ihm und weiteren Mitbeschuldigten schlicht Geldgründe: die Geschäfte seien für sie durchaus lukrativ gewesen.

Vorwürfe anfangs scharf bestritten

Anfangs hatte sich Beyerle noch vehement gegen jeden Verdacht gewehrt. Die Vorwürfe seien „absurd“ und würden wider besseres Wissen erhoben, schimpfte er; der mexikanische Markt sei für Heckler & Koch ohnehin „völlig unbedeutend“ gewesen. Nach seinem Abschied in Oberndorf, angeblich bedingt durch seine

„Lebensplanung“, war von ihm kaum noch etwas zu hören. Bei seinem Verteidiger bemühte sich die StZ aktuell vergeblich um eine Stellungnahme; er sei derzeit nicht in der Kanzlei, hieß es nur.

Ob Beyerle und seine Ex-Kollegen am Ende als Angeklagte vor Gericht erscheinen müssen, entscheidet nun eine Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht Stuttgart. Diese prüfe derzeit, ob die Anklage zugelassen werde, sagte eine Sprecherin; Termine seien noch nicht absehbar. Es handelt sich um jene Kammer unter Vorsitz des Richters Frank Maurer, die kürzlich das vielbeachtete Verfahren gegen die einstigen Porsche-Vorstände führte – und diese am Ende klar freisprach.

Höchstes Lob vom Justizminister

Auf der Homepage des Justizministeriums könnte Maurer übrigens immer noch nachlesen, welch hohe Wertschätzung Beyerle einst in der Justiz genoss. Bei dessen Verabschiedung überschlug sich der damalige Ressortchef Ulrich Goll (FDP) fast vor Lob. „Einsatzbereit, offen, engagiert, menschlich immer geradlinig“ – dem herausragenden Juristen sei „sein Beruf wie auf den Leib geschneidert“ gewesen. „Jede Herausforderung seiner langen Dienstzeit“, resümierte Goll, habe der scheidende Präsident „glänzend bewältigt“. Nun steht er vor einer Herausforderung neuer Art.

t-online.de vom 27.04.2016, 14:57 Uhr

Zwielichtige Waffenexporte – Grimme-Preisträger im Visier der Staatsanwaltschaft

[Foto] Firmenschild von Heckler & Koch; Grimme-Preis-Träger Harrich. (Quelle: *Reuters, dpa*)

Gerade erst wurden sie für ihre journalistische Leistung geehrt – jetzt sind sie im Visier deutscher Strafverfolgungsbehörden. Wegen eines Films über zwielichtige deutsche Waffenexporte hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart Ermittlungen eingeleitet.

Über den brisanten Vorgang berichten mehrere Medien, darunter die Berliner Zeitung "taz" und die Münchner "Abendzeitung" - die Ermittlungen wurden von den Behörden inzwischen bestätigt. Betroffen sind der Autor und Filmemacher Daniel Harrich und einige weitere Personen, die an dem Film "Tödliche Exporte - Wie das G36 nach Mexiko kam" sowie dem Buch "Netzwerk des Todes" beteiligt waren.

Das Gesamtprojekt der ARD aus dem vergangenen Jahr wurde erst im April mit dem aktuellen Grimme-Preis ausgezeichnet. Durch die Veröffentlichung des Films sollen die Journalisten Geheimnisse verraten und gegen das Pressegesetz verstoßen haben.

Geschäfte ohne Genehmigungen

Die Beiträge beschäftigen sich mit der Lieferung von Gewehren der schwäbischen Waffenschmiede Heckler & Koch (H&K) in mexikanische Bundesstaaten, für die keine Genehmigungen vorlagen.

Sie dokumentierten auch interne Schreiben des Wirtschaftsministeriums (BMWi) in Berlin und des Bundesausfuhramts (Bafa), die auf eine strafrechtlich fragwürdige Kooperation der beiden Behörden mit den Waffenbauern hinweisen.

Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob die Publikation der Dokumente widerrechtlich war, weil diese zu den Ermittlungsakten im Strafverfahren gegen H&K zählten. Dagegen wehrt sich Filmemacher Harrich: "Es ist unsere Pflicht und Aufgabe, die Informationen zu veröffentlichen." Der Friedensaktivist Jürgen Grässlin, ebenfalls im Visier, kritisiert namentlich den Stuttgarter Staatsanwalt Peter Vobiller.

Diese hatte das Verfahren eingeleitet, das inzwischen nach einem Behördengerangel von der Münchner Staatsanwaltschaft übernommen wurde. "Vobiller weigert sich, Schritte gegen BMWi und Bafa einzuleiten, und verfolgt jene, die den Rechtsstaat verteidigen, indem sie illegale Waffenexporte aufdecken", kritisiert der Pazifist, durch dessen Anzeige im Jahr 2010 der Mexiko-Deal von H&K überhaupt erst strafrechtlich verfolgt wurde.

Zeit verschleppt?

Erst fünf Jahre nach der Anzeige erhoben die Strafverfolger Anklage gegen sechs ehemalige Mitarbeiter der Firma. Sie sollen "gewerbsmäßig und als Bande" vorsätzlich illegal Kriegswaffen ausgeführt haben. Für mutmaßliche Mittäter in den Behörden hatte der Fall aber bisher keine juristischen Konsequenzen. Dabei deutet vieles darauf hin, dass sich Beamte widerrechtlich für Interessen von Heckler & Koch starkgemacht haben.

"Warum braucht ein Staatsanwalt einerseits fünfeinhalb Jahre, um Anklage gegen ein Rüstungsunternehmen zu erheben, und versucht andererseits, innerhalb kürzester Zeit mit enormem Aufwand ein Strafverfahren wegen eines Films herbeizuziehen?", fragt Grässlins Anwalt Holger Rothbauer. Der Jurist vermutet, dass die Staatsanwaltschaft von eigenen Fehlern im Verfahren ablenken will.

MEEDIA vom 27.04.2016 um 14:42 Uhr

„Einschüchterungsversuch“: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Grimme-Preisträger nach Waffen-Doku

<http://meedia.de/2016/04/27/einschuechterungsversuch-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-grimme-preistraeger-nach-waffen-doku/>

[Foto] Im Visier der Staatsanwaltschaft: die Autoren Jürgen Grässlin (l.) und Daniel Harrich

Publishing. Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen den Journalisten und Grimme-Preisträger Daniel Harrich sowie seine Co-Autoren Jürgen Grässlin und

Danuta Harrich-Zandberg wegen des Buchs „Netzwerk des Todes“ und der TV-Doku „Tödliche Exporte – Wie das G36 nach Mexiko kam“. Gegenstand der Ermittlungen sind veröffentlichte interne Dokumente des Waffenherstellers Heckler & Koch. Der Heyne-Verlag spricht von einem „Einschüchterungsversuch“.

Von *Meedia*-Redaktion

In der TV-Dokumentation des *SWR* und *BR* und dem Buch, das bei Heyne erschien, geht es darum, dass deutsche Sturmgewehre des Typs G36 nach Mexiko geliefert werden sollten, obwohl einzelne mexikanische Bundesstaaten vom Auswärtigen Amt als kritisch eingestuft wurden, weil die Polizei dort mit Drogenkartellen kooperiere. Damit wäre eine Waffenlieferung nach Mexiko eigentlich nicht möglich gewesen. Man fand schließlich den Kompromiss, dass die G36-Gewehre nur in mexikanische Bundesstaaten geliefert wurden, die als unkritisch eingestuft wurden. Die Journalisten enthüllten in der Doku und im Buch, dass die Gewehre ihren Weg dann doch in die kritischen Bundesstaaten fanden und das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesausfuhramt bei dem Waffendeal tatkräftig mithalfen. Für den Film wurde Harrich mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet.

Jetzt wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft München gegen die Autoren ermittelt. Laut Abendzeitung München (*AZ*) prüft die Staatsanwaltschaft derzeit noch, welche Straftatbestände in Betracht kommen. Laut einem *FAZ*-Bericht soll es um den Verdacht verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen gehen. Dieser Straftatbestand sieht eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr vor.

Die Münchner Staatsanwaltschaft ist zuständig, wegen der Beteiligung des Bayerischen Rundfunks an der Produktion und weil die begleitende Web-Dokumentation samt der fraglichen internen Dokumente auf den Internet-Seiten des *BR* veröffentlicht wurde. Der Heyne Verlag spricht laut *FAZ* von einem Einschüchterungsversuch der Staatsanwaltschaft. Der Anwalt Holger Rothbauer, der den Rüstungsgegner und Co-Autoren Jürgen Grässlin vertritt, bezeichnet die Ermittlungen in der *AZ* als skandalös.

Auf Grässlin gehen auch die Anzeigen aus dem Jahr 2010 zurück, wegen der die Staatsanwaltschaft Stuttgart erst vor einem halben Jahr gegen sechs Manager von Heckler & Koch Anklage erhoben hat. Die zuständige Strafkammer des Landgerichts Stuttgart hat laut Abendzeitung immer noch nicht entschieden, ob sie die Anklage zulässt.

Laut *AZ* sehen Harrich und der Anwalt Rothbauer einen möglichen Zusammenhang zwischen der zögerlichen Vorgehensweise der Justiz und einer Personalie. Der ehemalige Präsident des Rottweiler Landgerichts, das zum Stuttgarter Gerichtsbezirk gehört, wechselte nach seiner Justizkarriere als Manager zu Heckler & Koch und soll einer jener Heckler & Koch-Manager sein, gegen die Anklage wegen des Mexiko-Waffendeals erhoben wurde.

Buch über Heckler & Koch: Ermittlungen gegen Autor

Von Arne Hahn, Karin Zeger und Cordula Dieckmann

<http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.oberndorf-buch-ueber-heckler-koch-ermittlungen-gegen-autor.4d602d17-54b3-4ddf-9b6a-acc44fac4d5d.html>

[Foto] Gegen Filmemacher Daniel Harrich wird ermittelt. Foto: Charisius

Oberndorf/München - Jahrelang hat Daniel Harrich recherchiert. Es ging um die angeblich illegale Lieferung von Waffen des Oberndorfer Unternehmens Heckler & Koch (HK) nach Mexiko. Nun wird gegen den Grimme-Preisträger und Filmemacher selbst ermittelt, weil er Auszüge aus Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft in einem Sachbuch "Netzwerk des Todes" veröffentlicht haben soll. Das bestätigte Jan Holzner, Sprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft am Dienstag auf Anfrage. Zuständig sei jedoch die Staatsanwaltschaft in München.

Erst vor wenigen Wochen hatte Harrich für seine Dokumentation "Tödliche Exporte" für den Südwestrundfunk (SWR) den Grimme-Preis erhalten. Neben Harrich gibt es Verfahren auch gegen die Autoren Jürgen Grässlin und Danuta Harrich-Zandberg. Der Heyne-Verlag sprach gestern von einem "offensichtlichen Einschüchterungsversuch, um missliebige Veröffentlichungen mit den Mitteln des Strafrechts zu sanktionieren". Dokumente in dem Buch vom September 2015 seien von den Autoren selbst beschafft und der Staatsanwaltschaft übermittelt worden.

Harrich erklärte, er habe den Ermittlern einen großen Teil seiner Unterlagen zur Verfügung gestellt, um bei der Aufklärung illegaler Waffenlieferungen in mexikanischen Unruheprovinzen zu helfen. "Kann man dafür verfolgt werden, dass eigene Akten zu Ermittlungsakten werden?" Er glaube, dass es ohne seine Unterlagen nicht zur Anklage gekommen wäre, sagte Harrich. Seiner Ansicht nach wird die Rolle der Behörden bei den Exporten nicht gewürdigt. Zuständige Kontrollbeamte im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hätten skandalös gehandelt, doch "wenn es um die Rolle der Behörden geht, wollen die nicht zuhören", sagte Harrich.

Das sieht man bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart anders: Gegen die Beamten im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesausfuhramt, die für die Kontrolle der Rüstungsexporte nach Mexiko zuständig waren, wird kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. "Die Frage eines Anfangsverdachts gegen Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurde in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht umfassend geprüft. Dabei ergaben sich keine konkreten Anhaltspunkte für ein strafbewehrtes Verhalten", sagte Staatsanwalt Holzner gestern unserer Zeitung.

Die Staatsanwaltschaft hatte im November 2015 nach jahrelangen Ermittlungen Anklage gegen frühere Mitarbeiter von Heckler & Koch erhoben, unter anderem gegen die ehemaligen Geschäftsführer Joachim Meurer und Peter Beyerle. Letzterer war vor seiner Tätigkeit bei den Oberndorfern Präsident des Landgerichts in Rottweil. Wie das ARD-Politikmagazin "Report Mainz" gestern Abend berichtete, wirft die Strafverfolgungsbehörde den beiden früheren Geschäftsführern und vier weiteren ehemaligen Mitarbeitern nach wie vor, bandenmäßig Kriegswaffen illegal nach Mexiko ausgeführt zu haben. So wird unter anderem Beyerle laut Anklage

vorgeworfen, in zwölf Fällen gewerbsmäßig gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, beziehungsweise gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben.

Indes berichteten französische Medien gestern, dass das französische Polizei-Spezialkommando "BAC brigades anticriminalité" mit dem HK-Sturmgewehr G36 ausgestattet wird. Die französischen Behörden berufen sich auf die Notwendigkeit, die terroristische Bedrohung mit "geeigneten Mitteln zuverlässig und effizient begegnen zu können".

Stuttgarter Zeitung Printausgabe 27.04.2016
Stuttgarter Zeitung online 26.04.2016 - 17:32 Uhr

Ermittlungen gegen Filmemacher Der lange Nachhall des G36

Von Wolf-Dieter Vogel

In einer ARD-Doku deckte ein Team von Journalisten die illegale Ausfuhr von Heckler & Koch-Sturmgewehren nach Mexiko auf – nun ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen die preisgekrönten Filmemacher.

[Fot] Auf den Recherchen des Teams um Daniel Harrich basiert das ARD-Drama „Meister des Todes“, das mit der Dokumentation bei einem Arte-Themenabend gezeigt wurde. Foto: SWR

Stuttgart - Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft geht gegen ein Team von Journalisten vor, die an der Aufdeckung illegaler Rüstungsexporte beteiligt waren. Wie der Behördensprecher Jan Holzner bestätigte, haben die Strafverfolger Ermittlungen gegen mehrere Medienschaffende eingeleitet. Man prüfe, ob die Veröffentlichung interner Dokumente strafbar sei, erklärte er. Die Vorwürfe richten sich gegen Autoren der Dokumentation „Tödliche Exporte – Wie das G36 nach Mexiko kam“, einer Produktion des SWR und des Bayerischen Rundfunks, die im vergangenen September im Rahmen eines Themenabends in der ARD ausgestrahlt wurde.

Betroffen sind auch eine Webdokumentation sowie Beiträge in politischen Magazinen. Für das Gesamtprojekt wurde das Team des Münchner Filmemachers und Regisseurs Daniel Harrich mit dem diesjährigen Grimme-Preis für besondere journalistische Leistungen ausgezeichnet. Darüber hinaus ermitteln die Behörden auch wegen des Buches „Netzwerk des Todes“, das im Heyne-Verlag erschienen ist.

Alle Beiträge beschäftigen sich mit der Ausfuhr von Sturmgewehren des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch (H&K) in mexikanische Bundesstaaten, für die deutsche Behörden keine Genehmigung erteilt hatten. Den Fall hatte der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin ins Rollen gebracht, in dem er im April 2010 Anzeige gegen die Schwarzwälder Waffenschmiede eingereicht hat. Fünfeinhalb Jahre später erhob die Stuttgarter Staatsanwaltschaft im November Anklage gegen sechs ehemalige H&K-Mitarbeiter. Der Vorwurf: Die Beschuldigten agierten, so ist in der jetzt bekannt gewordenen Anklageschrift zu lesen,

„gewerbsmäßig und als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzter Begehung solcher Straftaten verbunden hat“.

Die betroffenen Publikationen thematisieren nicht nur die mutmaßlich kriminellen Geschäften der H&K-Beschäftigten, sondern beleuchten auch die Rolle des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) und des Bundesausfuhramtes (Bafa) beim Export der G36-Gewehre. Sie dokumentieren interne Schreiben beider Behörden, die auf eine strafrechtlich fragwürdige Kooperation mit den Waffenbauern aus Oberndorf schließen lassen.

spoods.de

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ermittlungen-gegen-filmemacher-der-lange-nachhall-des-g36.e4c6ad2e-3ccc-43fa-b7e8-66ccbde5dbda.html>

Es geht um Geheimnisverrat und Verstöße gegen das Presserecht

Die Strafverfolger prüfen nun, ob die Veröffentlichung der Dokumente widerrechtlich war, weil diese zu den Ermittlungsakten im Verfahren gegen Heckler & Koch zählten. Auf einigen der Papiere sind handschriftliche Anmerkungen zu lesen, andere beschäftigen sich damit, wie ein Export der Gewehre trotz Einwänden des Auswärtigen Amtes möglich sein könnte. Es geht also bei den Vorwürfen gegen die Journalisten um Geheimnisverrat und Verstöße gegen das Presserecht. Und um Whistleblower, also um mögliche Informanten, die das interne Material weitergegeben haben. Für den Fall einer Verurteilung droht eine Geld- oder sogar eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr.

„Anstatt sich mit der Botschaft auseinanderzusetzen, geht man gegen die Botschafter vor“, reagierte der Filmemacher Harrich auf die Ermittlungen gegen ihn und mindestens vier weitere Personen. Es sei seine Pflicht und Aufgabe gewesen, die Informationen zu veröffentlichen. Er vermutet, dass sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft nicht weiter mit der möglichen Verstrickung von Mitarbeitern des BMWi und des Bafa in den Fall beschäftigen will. Das kritisierte der Regisseur bereits bei der Grimme-Preis-Verleihung am 8. April im nordrhein-westfälischen Marl. Schließlich zeigten die veröffentlichten Dokumente, „wie sehr einige Beamten der beiden Behörden in diese mutmaßlich bandenmäßig organisierten Kriegswaffenexporte in Krisenregionen waren“.

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat übernommen

Das Verfahren gegen die Medienschaffenden hat mittlerweile die Münchner Staatsanwaltschaft übernommen, weil dort Harrichs Filmproduktionsfirma sitzt und die Web-Dokumentation auf der Seite des Bayerischen Rundfunks angesiedelt ist. Dennoch sieht der Friedensaktivist und Buchautor Grässlin, gegen den auch ermittelt wird, die Verantwortung beim Stuttgarter Staatsanwalt Peter Vobiller. „Er weigert sich, Schritte gegen das BMWi und das Bafa einzuleiten, verfolgt aber zugleich jene, die den Rechtsstaat verteidigen, indem sie illegale Waffentransporte aufdecken“, kritisiert Grässlin.

Auch Grässlins Anwalt Holger Rothbauer wundert sich. Er erinnert daran, dass Vobiller trotz erdrückender Beweislage fünfeinhalb Jahre gebraucht habe, um Anklage gegen Heckler & Koch zu erheben. „Nun versucht er innerhalb kürzester Zeit und mit enormem Aufwand wegen eines Films und eines Buchs ein Strafverfahren herbeizuziehen“, staunt der Tübinger Verteidiger. Er vermutet, dass die Ermittler von eigenen Fehlern im Verfahren ablenken wollten.

Er hatte Grässlins Anzeige bereits im November 2012 um Mitarbeiter des BMWi und der Bafa erweitert. Doch die Klage wurde von Vobiller nicht bearbeitet, meint Rothbauer. „Die Staatsanwaltschaft trickst mit allen Mitteln, um eine Erweiterung des Verfahrens zu verhindern,“ sagt er. Der Behördensprecher Holzner widerspricht. Man habe die Ermittlungen eingestellt, weil kein Anfangsverdacht existiert habe, sagt er.

Die jetzigen Ermittlungen gegen die Journalisten, so Holzner, hätten nichts mit einer Einschränkung der Pressefreiheit zu tun. Und auch nicht mit dem bösem Willen, gegen Kritiker vorzugehen: „Wir müssen ermitteln, wenn der Verdacht auf einen Straftatbestand vorliegt.“

Neue Rottweiler Zeitung (NRWZ) vom 26.04.2016

<http://www.nrwz.de/aktuelles/heckler-und-koch-mexikodeal-beyerle-ist-angeklagt/20160426-0448-113996>

Heckler und Koch Mexikodeal: Beyerle ist angeklagt +++ aktualisiert

Ehemaliger Landgerichtspräsident Mitglied einer Bande? / Verfahren gegen Beamte verjährt

Autor/Quelle: Martin Himmelheber

[Foto] Peter Beyerle in der „Ahnengalerie“ des Landgerichts Rottweil. Archiv-Foto: him

STUTTGART/OBERNDORF/ROTTWEIL (him) – Gegen den ehemaligen Rottweiler Landgerichtspräsidenten Peter Beyerle hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart im Zusammenhang mit den Mexiko-Geschäften von Heckler und Koch Anklage erhoben.

Das bestätigt Rechtsanwalt Holger Rothbauer auf Nachfrage der *NRWZ*. Rothbauer liegt die Anklageschrift von Staatsanwalt Peter Vobiller vor. Rothbauer: „Beyerle ist die Nummer vier.“ Die Anklage wirft sechs ehemaligen Mitarbeitern von Heckler und Koch vor, sie hätten „gewerbsmäßig und gemeinschaftlich als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat, illegal Waffen in Kriegsgebiete“ geliefert.

Ob die Wirtschaftskammer beim Landgericht Stuttgart die Anklage zulässt, ist allerdings noch offen. „Die Kammer prüft derzeit die Anklageschrift sehr intensiv“, so

Bettina Gebert, Sprecherin beim Landgericht Stuttgart auf Nachfrage der NRWZ. Es handelt sich um dieselbe Kammer, die kürzlich den Porscheprozess verhandelt hat.

Beyerle hatte nach seiner Pensionierung beim Oberndorfer Waffenhersteller Heckler und Koch zunächst als Justitiar und später als Geschäftsführer gearbeitet. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat im Zusammenhang mit illegalen Waffenlieferungen nach Mexiko gegen sechs Angeschuldigte Anklage wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz erhoben.

Wie mehrfach berichtet, soll das Oberndorfer Rüstungsunternehmen zwischen 2002 und 2009 G36 Gewehre und Maschinenpistolen ohne Genehmigung in vier mexikanische Bundesstaaten geliefert haben, in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Jürgen Grässlin, der den Fall Mexiko mit einer Anzeige 2010 ins Rollen gebracht hatte, fordert, „dass seitens der Stuttgarter Justiz endlich die Anklage gegen die sechs zugelassen wird“ und das Verfahren beginnt.

Anwalt Rothbauer ist allerdings noch in einem anderen Punkt empört: Vobiller habe nicht rechtzeitig gegen Beamte im Bundeswirtschaftsministerium, genauer im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, und im Außenministerium, ermittelt, sodass inzwischen die Fälle verjährt sind. Vobiller habe eine Anzeige Rothbauers aus dem Jahr 2012 gegen diese Beamten nicht verfolgt und mit einem „Taschenspielertrick erledigt.“

Seit 2010 hätte die Staatsanwaltschaft wissen müssen, dass in den beiden Behörden im Zusammenhang mit dem Waffengeschäft etwas schief gelaufen ist. Damals habe ein Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium „ganz eindeutige Aussagen“ gemacht, dass die Behörden in den Deal verwickelt waren, so Grässlin. Es sei unfassbar und stincke zum Himmel, dass diese Verfahren nun verjährt sind, findet Rothbauer.

Dem widerspricht der Sprecher der Staatsanwaltschaft Stuttgart Jan Holzner entschieden. Seine Behörde habe ermittelt, das Verfahren aber eingestellt, weil es „keinen Anfangsverdacht“ gegen die Beamten gegeben habe, so Holzner zur NRWZ. Rothbauer habe 2012 keine Anzeige erstattet, sondern den Wunsch geäußert, die Staatsanwaltschaft solle ermitteln. Das habe sie von sich aus schon getan und sei zur Einstellung des Verfahrens gekommen, weil kein Anfangsverdacht bestand. Die Generalstaatsanwaltschaft habe diese Entscheidung im Übrigen bestätigt.

Was die Rüstungsgegner aber fast noch mehr empört: Staatsanwalt Vobiller hat sich nun Jürgen Grässlin, Danuta Harrich-Zandberg und Daniel Harrich juristisch vorgeknöpft. Die drei hatten für ein Buch und den Grimme-Preis-gekrönten Mexiko-Film „Tödliche Exporte“ Gerichtsakten zum Mexiko-Deal veröffentlicht. Akten, die aus noch nicht abgeschlossenen Verfahren stammen, dürfen nicht veröffentlicht werden.

Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Holzner bestätigt auf Nachfrage der NRWZ das Ermittlungsverfahren, das aber in München bearbeitet werde. In München, weil dort die Filmproduktionsfirma sitzt und weil der Film in der Mediathek des bayrischen Rundfunks zu finden ist.

„Da hat Vobiller in wenigen Monaten eine absolute Fleißarbeit abgeliefert“, staunt Rothbauer, „warum nicht bei den Ermittlungen in Richtung Heckler und Koch, Bundeswirtschafts- und Außenministerium?“ Die Ermittlungen zum Fall Mexiko

hatten fünfeinhalb Jahre beansprucht. Anwalt Rothbauer erklärt sich die lange Ermittlungsdauer so: „Ich kann mir nur vorstellen, dass das dazu dient, um so das Strafmaß für Herrn Beyerle so niedrig als möglich zu halten.“

DEUTSCHE WELLE INTERNATIONAL 26th April 2016

<http://www.dw.com/en/german-prosecutors-investigate-prize-winning-arms-trade-journalists/a-19216199>

ARMS EXPORTS

German prosecutors investigate prize-winning arms trade journalists

Ben Knight

Investigations have been opened in Munich against four journalists and an activist for publishing secret information about an illegal Heckler & Koch arms sale. Their attorney condemned the move as an "Erdogan virus".

[Photo] A five-year saga surrounding Heckler and Koch's illegal export of assault rifles to corrupt Mexican police forces escalated drastically this week.

After pressing charges against six former H&K employees in November, the Stuttgart prosecutor investigating the case has now formally asked his Munich counterpart to open an investigation into four journalists and an activist who uncovered the documents and then published them.

The documents suggest the German government may have colluded with H&K to circumvent its own export controls. The journalists' investigation was turned into a book, a documentary, and a fictional TV feature aired on public broadcaster *ARD* in September last year - and won one of those accused, film director Daniel Harrich, a Grimme journalism prize earlier this month.

The accusation is centered on internal documents from the Baden-Württemberg-based H&K, one of Germany's biggest small arms manufacturers, as well as from federal government ministries, which were used and printed in the book entitled "**Netzwerk des Todes**" ("**Network of Death**").

[Photo] Jürgen Grässlin is among those under investigation

The Stuttgart state prosecutor contends that the documents are vital to its own investigation, which has been running since 2010, and should therefore never have been handed to the media or published. Munich prosecutors have confirmed that they are assessing the request.

Accusing journalists – 'the Erdogan virus'

Holger Rothbauer, the lawyer representing the one activist among those named (Jürgen Grässlin, who has dedicated nearly four decades of his life to suing and

otherwise irritating Germany's arms makers), had nothing but disdain for this new move.

"This prosecutor, who has taken five and a half years to investigate our charges - and I would claim with massive support from us and our documents - this same prosecutor needs only three months to prosecute the journalists and people behind the documents - I'll say it, with the Erdogan virus," Rothbauer said, suggesting that, following the Jan Böhmermann affair, German authorities have suddenly found a taste for pursuing media outlets.

Rothbauer also claimed he had never heard of the offenses that his client was accused of committing; namely, releasing documents pertinent to an investigation without clearing it first with the prosecutor - even if those documents were actually uncovered by those releasing them. "It's ridiculous," he told *DW*. "But we have to take it seriously, and the Munich prosecutor has to investigate." In the event of a conviction, Grässlin, Harrich, and the three other journalists face a fine, or up to a year in prison.

Endless investigation

Grässlin, Rothbauer, and a number of opposition politicians have repeatedly complained about the slow pace of the investigation into H&K's illegal sale, after the initial charges were brought in 2010.

The arms maker, a supplier of several NATO armies and police forces around the world, is accused of delivering thousands of G36 and MP5 rifles to Mexico from 2002 to 2009, in violation of export laws banning the sale of weapons into certain Mexican states where corruption and human rights abuses are rampant.

[photo]

H&K's rifles have been used in states where German firms are not allowed to export

Last year, some of H&K's G36 rifles were found in the arsenal of the Iguala police force thought to have been complicit in the disappearance and probable murder of 43 protesting students.

Last November, five years after Grässlin and Rothbauer filed the charges, Stuttgart prosecutors announced that six former H&K employees were under investigation for conspiracy to break German export laws, including ex-CEO Peter Beyerle. After his retirement from the firm, Beyerle went on to become president of a state court in Baden-Württemberg - a fact that Rothbauer and Grässlin said explains the slow progress of the investigation.

But the Stuttgart investigator defended the time-scale. "People can't really understand what it involves," - spokesman Jan Holzner told *DW*. "For one thing we had to go through the foreign legal assistance, and in Mexico it's not always so easy to get information. It's always very protracted and complicated."

Holzner also said that every single possible individual involved in each weapons delivery had to be checked, though he admitted that only one officer had been investigating the case.

At the moment, there seems little hope of bringing anyone in the government to account for the illegal sales. Holzner also confirmed that other charges brought in 2010 by Grässlin and Rothbauer – against officials in the Federal Office for Economic Affairs and Export Control (BAFA) - have been dropped, though the statute of limitations had expired on them anyway.

REPORT MAINZ - SWR - DAS ERSTE 26.04.2016 – 15:17

<http://www.presseportal.de/pm/75892/3311821>

Anklage gegen zwei ehemalige "Heckler & Koch"- Geschäftsführer Kein Ermittlungsverfahren gegen Kontrollbeamte

"Report Mainz", 26.4.2016, um 21.45 Uhr im Ersten

Mainz (ots) - Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erhebt Anklage gegen Joachim Meurer und Peter Beyerle, zwei frühere Geschäftsführer der Rüstungsfirma Heckler & Koch. Das geht aus der Anklageschrift hervor, die dem *ARD*-Politikmagazin "*Report Mainz*" vorliegt. Wie das Magazin in seiner Ausgabe am Dienstag (21.45 Uhr im Ersten) berichtet, wirft die Strafverfolgungsbehörde den beiden früheren Geschäftsführern und vier weiteren ehemaligen Mitarbeitern von Heckler & Koch vor, bandenmäßig Kriegswaffen illegal nach Mexiko ausgeführt zu haben.

Peter Beyerle war vor seiner Tätigkeit bei Heckler & Koch Präsident des Landgerichts Rottweil. Der Angeschuldigte soll laut Anklage in zwölf Fällen gewerbsmäßig gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz beziehungsweise gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen haben. Peter Beyerle war bei Heckler & Koch als Behördenbeauftragter zuständig für die Kontakte mit der Bundesregierung. Zur Zeit der Lieferungen nach Mexiko war Beyerle auch Ausfuhrverantwortlicher und Geschäftsführer der Firma.

Kein Ermittlungsverfahren hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen die Beamten im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesausfuhramt, die für die Kontrolle der Rüstungsexporte nach Mexiko zuständig waren, eingeleitet. Der Freiburger Buchautor ("Netzwerk des Todes") Jürgen Grässlin und sein Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer hatten schon 2012 die verantwortlichen Regierungsbeamten wegen Verletzung ihrer Kontrollpflichten angezeigt.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart teilte "*Report Mainz*" dazu auf Anfrage mit: "Die Frage eines Anfangsverdachts gegen Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurde in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht umfassend geprüft. Dabei ergaben sich keine konkreten Anhaltspunkte für ein strafbewehrtes Verhalten."

Hans-Christian Ströbele, Bundestagsabgeordneter der Grünen und Jurist, fordert die Staatsanwaltschaft Stuttgart in "*Report Mainz*" auf, auch gegen die Verantwortlichen im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesausfuhramt Ermittlungen einzuleiten. Im Interview sagt Hans-Christian Ströbele: "Die Staatsanwaltschaft hat ja ganz offensichtlich diesen Weg nicht weiter verfolgt, weil sie meinte, dafür gibt's nicht genügend Anhaltspunkte. Das sehen wir völlig anders. Es gibt Anhaltspunkte."

Weitere Informationen unter www.reportmainz.de. Zitate gegen Quellenangabe "*Report Mainz*" frei. Pressekontakt: "*Report Mainz*", Tel. 06131/929-33351.

die tageszeitung / taz vom 26.04.2016

<http://www.taz.de/%215295140/>

Deutsche Waffenexporte Erst Grimme-Preis, jetzt Staatsanwalt

Überraschung in Stuttgart: Behörden in Süddeutschland ermitteln gegen Journalisten, die fragwürdige Waffengeschäfte aufgedeckt haben.

[Foto] Die beschuldigten Journalisten hatten über Waffenexporte nach Mexiko berichtet: Handfeuerwaffen mexikanischer Grenzschützer Foto: *reuters*

BERLIN *taz* | Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen Journalisten eingeleitet, die an der Aufdeckung illegaler Waffenexporte deutscher Rüstungsfirmen nach Mexiko beteiligt waren. Das bestätigte Behördensprecher Jan Holzner der *taz*. Die Strafverfolger werfen den Journalisten vor, Geheimnisse verraten und gegen das Pressegesetz verstoßen zu haben.

Betroffen sind Autoren der *ARD*-Dokumentation „Tödliche Exporte – Wie das G36 nach Mexiko kam“ sowie des Buchs „Netzwerk des Todes“. Das Gesamtprojekt, zu dem *taz*-Recherchen beigetragen haben, wurde mit dem Grimme-Preis für besondere journalistische Leistungen ausgezeichnet.

Die Beiträge beschäftigen sich mit der Lieferung von Gewehren der Waffenschmiede Heckler & Koch (H&K) in mexikanische Bundesstaaten, für die keine Genehmigungen vorlagen. Sie dokumentierten auch interne Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) und des Bundesausfuhramts (Bafa), die auf eine strafrechtlich fragwürdige Kooperation der beiden Behörden mit den Waffenbauern hinweisen.

Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob die Publikation der Dokumente widerrechtlich ist, weil diese zu den Ermittlungsakten im Strafverfahren gegen H & K zählten.

Stuttgarter Staatsanwalt Peter Vobiller in der Kritik

„Es ist unsere Pflicht und Aufgabe, die Informationen zu veröffentlichen“, sagt Filmemacher Daniel Harrich als Reaktion auf die Ermittlungen gegen ihn und mindestens vier weitere Personen. Der Friedensaktivist Jürgen Grässlin kritisiert den Stuttgarter Staatsanwalt Peter Vobiller.

Dieser hat das Verfahren eingeleitet, das inzwischen von der Münchner Staatsanwaltschaft übernommen wurde. „Vobiller weigert sich, Schritte gegen BMWi und Bafa einzuleiten, und verfolgt jene, die den Rechtsstaat verteidigen, indem sie illegale Waffenexporte aufdecken“, kritisiert der Pazifist, durch dessen Anzeige im Jahr 2010 der Mexiko-Deal von H & K strafrechtlich verfolgt wurde.

Ein Anwalt vermutet, dass die Ermittler von Fehlern ablenken wollen

Erst fünf Jahre nach der Anzeige erhoben die Strafverfolger Anklage gegen sechs ehemalige Mitarbeiter der Firma. Sie sollen „gewerbsmäßig und als Bande“ vorsätzlich illegal Kriegswaffen ausgeführt haben. Für mutmaßliche Mittäter in den Behörden hatte der Fall aber bisher keine juristischen Konsequenzen. Dabei deutet vieles darauf hin, dass sich Beamte widerrechtlich für Interessen von Heckler & Koch starkgemacht haben.

„Warum braucht ein Staatsanwalt einerseits fünfeinhalb Jahre, um Anklage gegen ein Rüstungsunternehmen zu erheben, und versucht andererseits, innerhalb kürzester Zeit mit enormem Aufwand ein Strafverfahren wegen eines Films herbeizuziehen?“, fragt Grässlins Anwalt Holger Rothbauer. Der Jurist vermutet, dass die Staatsanwaltschaft von eigenen Fehlern im Verfahren ablenken will.

Wolf-Dieter Vogel hat für die ARD-Dokumentation „Tödliche Exporte“ Recherchen aus Mexiko geliefert, er hat auch für die taz wiederholt über die Exporte von Heckler & Koch berichtet. An den Recherchen in Deutschland, deretwegen die Staatsanwaltschaft ermittelt, war er nicht beteiligt. Gegen ihn wurde kein Verfahren eingeleitet.

Badische Zeitung, Wirtschaft und Badische Zeitung online vom 26.04.2016

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/anklage-handel-mit-waffen-war-tat-einer-bande--121250724.html>

Heckler & Koch

Anklage: Handel mit Waffen war Tat einer Bande

Die Staatsanwaltschaft präzisiert ihre Vorwürfe gegen Heckler & Koch. Es geht dabei um den Export von Waffen. Im Raum steht der Vorwurf, dass ehemalige Mitarbeiter bandenmäßig agiert haben. [Foto G36]

[Foto] Wurden bei der Lieferung der G36-Gewehre falsche Angaben gemacht? Foto: dpa

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart beschuldigt drei frühere Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin der Rottweiler Firma Heckler & Koch gewerbsmäßig und gemeinschaftlich "als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung

solcher Straftaten verbunden hat", illegal Waffen in Kriegsgebiete geliefert zu haben. Das geht aus der Anklageschrift an das Landgericht Stuttgart hervor, die der Badischen Zeitung vorliegt.

Damit wurde der zunächst erhobene strafrechtliche Vorwurf deutlich vom Tatbestand der Beihilfe ausgeweitet. Zwei weitere ehemalige Mitarbeiter des Waffenherstellers werden zudem beschuldigt, vorsätzlich beziehungsweise fahrlässig an dem illegalen Waffenhandel mitgewirkt zu haben – ohne den Vorwurf, dies organisiert und bandenmäßig betrieben zu haben. Als Nebenbeteiligte sind in der Anklageschrift zwei aktuelle Geschäftsführer des Oberndorfer Unternehmens genannt.

Bürgerkriegsähnliche Verhältnisse in Mexiko

Es geht dabei um 16 Lieferungen von G36-Gewehren, MP5-Maschinenpistolen, Tragebügel und Magazinen nach Mexiko in der Zeit zwischen dem 20. Februar 2002 und dem 29. Juni 2009. Die Waffen seien in mehrere Bundesstaaten Mexikos geliefert worden, in denen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse herrschten "ohne dass die hierfür erforderliche Genehmigung des BMWI (Bundeswirtschaftsministerium) zur Beförderung zum Zwecke der Ausfuhr und das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) zur Ausfuhr vorlagen".

Die erteilten Genehmigungen seien für die Lieferung in andere Bundesstaaten erteilt worden. Heckler & Koch habe falsche Angaben zum Endverbleib der Waffen gemacht.

Der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Co-Autor Daniel Harrich haben die Praxis ausführlich in ihrem Buch "Netzwerk des Todes" und einem Film dokumentiert. Grässlin hat zudem mit seiner Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart die Ermittlungen ins Rollen gebracht.

Keine Erwähnung findet in der Anklageschrift, dass nach den Recherchen Grässlins die zuständigen Ministerien in einigen Fällen die Augen zudrückten und sogar Hilfestellung beim Formulieren der Anträge leisteten, um die Exportbeschränkungen zu umgehen. Dies belegen in dem Buch veröffentlichte interne Dokumente und Mails. Stattdessen wird nun gegen Grässlin und Harrich wegen Geheimnisverrats ermittelt.

dpa / deutsche presse agentur vom 26.04.2016

Im Visier

Jahrelang hat Daniel Harrich recherchiert. Es ging um die illegale Lieferung von Waffen nach Mexiko. Nun wird gegen den Autor und Filmemacher selbst ermittelt, weil er Auszüge aus Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft in einem Sachbuch veröffentlicht haben soll.

[Foto] Grimme-Preisträger Daniel Harrich. © *dpa*

München. Gegen den Münchner Filmemacher und Grimme-Preisträger Daniel Harrich wird wegen der Veröffentlichung von Unterlagen der Staatsanwaltschaft in seinem Buch „Netzwerk des Todes“ über illegalen Waffenhandel ermittelt. Darin seien Auszüge aus den Akten der Ermittlungen gegen Rüstungsmanager auszugsweise abgedruckt, die Staatsanwaltschaft München ermittle deshalb wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen, bestätigte der Heyne Verlag am Dienstag Medienberichte der Münchner „Abendzeitung“ und der „Bild“-Zeitung. Erst vor wenigen Wochen hatte Harrich für seine Dokumentation „Tödliche Exporte“ für den Südwestrundfunk (SWR) den Grimme-Preis erhalten. Von der Staatsanwaltschaft war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Neben Harrich („Der blinde Fleck“) gibt es Verfahren auch gegen die Autoren Jürgen Grässlin und Danuta Harrich-Zandberg. Der Verlag sprach von einem offensichtlichen Einschüchterungsversuch, um missliebige Veröffentlichungen mit den Mitteln des Strafrechts zu sanktionieren. Zahlreiche Dokumente in dem Buch vom September 2015 seien von den Autoren selbst beschafft und der Staatsanwaltschaft übermittelt worden.

Harrich erklärte, er habe den Ermittlern einen großen Teil seiner Unterlagen zur Verfügung gestellt, um bei der Aufklärung illegaler Waffenlieferungen in mexikanischen Unruheprovinzen zu helfen. „Kann man dafür verfolgt werden, dass eigene Akten zu Ermittlungsakten werden?“ Er glaube, dass es ohne seine Unterlagen nicht zur Anklage gekommen wäre, sagte Harrich der Deutschen Presse-Agentur. Seiner Ansicht nach wird die Rolle der Behörden bei den Exporten nicht gewürdigt. Zuständige Kontrollbeamte im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hätten skandalös gehandelt, doch „wenn es um die Rolle der Behörden geht, wollen die nicht zuhören“, sagte Harrich. „Es fühlt sich an, als ob man gegen Wände rennt.“

Harrich und seine Co-Autoren hatte im vergangenen Sommer mit dem Film „Meister des Todes“ und dem Buch „Netzwerk des Todes“ Aufsehen erregt. Im Herbst gab es dazu einen Themenabend im Ersten, bei dem Harrichs Dokumentation „Tödliche Exporte“ lief, von der ARD mit einem umfassenden Internet-Angebot begleitet. Der Film beschreibt unter anderem, wie Waffen illegal von Deutschland aus nach Mexiko geliefert wurden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte im November 2015 nach jahrelangen Ermittlungen Anklage deshalb auch Anklage gegen frühere Mitarbeiter des Unternehmens Heckler & Koch aus Oberndorf in Baden-Württemberg erhoben. Die Ermittler warfen ihnen vor, von 2006 bis 2009 an Lieferungen von G36-Sturmgewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. (dpa)

ABENDZEITUNG (MÜNCHEN) online und Printausgabe vom 26.04.2016, 06:31 Uhr
<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.enthuellungen-bei-heckler-und-koch-illegale-waffenexporte-staatsanwalt-geht-gegen-filmemacher-vor.ff088cdd-015e-4f5f-9fa1-da4555dcdd7c.presentation.print.v2.html>

**Enthüllungen bei Heckler und Koch
Illegale Waffenexporte:**

Staatsanwalt geht gegen Filmemacher vor

Helmut Reister

[Foto] Im Visier: die Firmenzentrale des Waffenproduzenten Heckler und Koch im baden-württembergischen Oberndorf. Der Autor Daniel Harrich hat sich Ärger mit der Staatsanwaltschaft eingehandelt. Foto: dpa

Autor und Regisseur Daniel Harrich hat brisante Dokumente aus dem Innenleben des Waffenherstellers Heckler & Koch und Berliner Ministerien veröffentlicht.

Der „Grimme-Preis“ ist eine der renommiertesten Auszeichnungen für TV-Produktionen. Vor ein paar Tagen hat ihn der Münchner Autor und Regisseur Daniel Harrich für seine Recherchen („Tödliche Exporte“, „Netzwerk des Todes“) über illegale Geschäfte deutscher Rüstungsunternehmen bekommen – und sich mächtigen Ärger mit der Staatsanwaltschaft eingehandelt.

Sie ermittelt jetzt nicht nur gegen ihn, auch gegen seine Mutter, den Rüstungsgegner Jürgen Grässlin sowie zwei Journalisten von *BR* und *SWR*.

Gegenstand der Ermittlungen sind die „heißen“ Dokumente aus dem Innenleben des baden-württembergischen Waffenherstellers Heckler&Koch und Berliner Ministerien, die in mehreren Filmbeiträgen und in dem Buch „Netzwerk des Todes“ (Autoren: Jürgen Grässlin, Daniel Harrich, Danuta Harrich-Zandberg) verwendet wurden. Die hochbrisanten Schriftstücke gehören zu den Ermittlungsakten der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und hätten nach Ansicht der Behörde nicht weitergeben und medial verwendet werden dürfen.

„Wir prüfen, welche Straftatbestände in Betracht kommen“

Der Fall ist nach einem behördeninternen Zuständigkeitsgerangel bei der Staatsanwaltschaft I in München gelandet, die das bestätigt. „Wir prüfen derzeit, welche Straftatbestände in Betracht gezogen werden müssen“, erklärte ein Sprecher der Behörde. Der Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer, der den Rüstungsgegner Jürgen Grässlin vertritt und in dessen Auftrag ein Bündel an Strafanzeigen gegen mehrere Rüstungsfirmen, darunter auch Heckler&Koch, erstattet hat, reibt sich verwundert die Augen. „Diesen Eifer“, sagt er, „hätte ich mir von der Staatsanwaltschaft Stuttgart auch im Fall von Heckler&Koch gewünscht. Die Ermittlungen sind skandalös.“

Der Münchner Filmemacher hat einen Verdacht

Vor einem halben Jahr hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen sechs Manager von Heckler&Koch Anklage erhoben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, mit illegalen Waffenlieferungen nach Mexiko gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen zu haben, gewerbsmäßig und als Bande handelnd. Auch nach der relativ langen Zeit seit Erhebung der Anklage hat die zuständige Strafkammer des Landgerichts nach Angaben einer Justizsprecherin aber noch nicht entschieden, ob sie die Anklage zulässt und ein Prozess stattfindet.

Imageverlust für Heckler&Koch - Marode Bundeswehr: G36-Sturmgewehr schießt schief

Rechtsanwalt Holger Rothbauer und Filmemacher Daniel Harrich verbinden die zögerliche Vorgehensweise der Stuttgarter Justiz bei dem Verfahren gegen Heckler&Koch mit einer pikanten Personalie. Auf der Anklageschrift taucht auch der Name Peter Beyerle auf, der ehemalige Präsident des Rottweiler Landgerichts, das zum Stuttgarter Gerichtsbezirk gehört. Er wechselte nach seiner Justizkarriere als Manager zu Heckler&Koch und soll nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft an den illegalen Waffenexporten nach Mexiko beteiligt gewesen sein.

Vor Jahren, als die Vorwürfe zum ersten Mal auftauchten und Ex-Landgerichtspräsident Peter Beyerle gegenüber Medien noch Erklärungen abgab, wies er die Anschuldigen vehement zurück.

„Für das schmutzige Material hat sich keiner interessiert“

Daniel Harrich glaubt, dass der Aufklärungswille der baden-württembergischen Justiz hinsichtlich der illegalen Waffenexporte ohnehin sehr begrenzt sei. „Für das viele Material, das ich über die schmutzigen Geschäfte zur Verfügung stellen könnte, hat sich keiner von der Staatsanwaltschaft interessiert“, erklärt er.

In die gleiche Kerbe schlägt Rechtsanwalt Holger Rothbauer und weist auf eine

Anzeige hin, die er schon vor über drei Jahren erstattet hat. Sie richtete sich gegen Mitarbeiter aus dem Berliner Wirtschafts- und Außenministerium, sowie des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), die an den illegalen Exporten auf zwielichtige Weise beteiligt gewesen seien. Anwalt Rothbauer: „Die politische Dimension ist anscheinend nicht gewünscht.“

Der Sprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft erklärte dagegen, dass sich bei der Prüfung der Vorwürfe kein hinreichender Tatverdacht ergeben habe und die Anzeige auch zu allgemein gehalten gewesen sei und keine Namen beinhaltet habe.

Das bringt Holger Rothbauer auf die Palme: „Wer wie wo im Apparat der Ministerien verantwortlich ist, muss die Staatsanwaltschaft schon alleine ermitteln. Belege dafür, dass sie für einen reibungslosen Ablauf der Exportgeschäfte gesorgt haben, sind genug vorhanden.“

Sächsische Zeitung vom 26.04.2016

<http://m.sz-online.de/nachrichten/kultur/im-visier-3381569.html>

Im Visier

Jahrelang hat Daniel Harrich recherchiert. Es ging um die illegale Lieferung von Waffen nach Mexiko. Nun wird gegen den Autor und Filmemacher selbst ermittelt, weil er Auszüge aus Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft in einem Sachbuch veröffentlicht haben soll.

[Foto] Grimme-Preisträger Daniel Harrich. © dpa

München. Gegen den Münchner Filmemacher und Grimme-Preisträger Daniel Harrich wird wegen der Veröffentlichung von Unterlagen der Staatsanwaltschaft in seinem Buch „Netzwerk des Todes“ über illegalen Waffenhandel ermittelt. Darin seien Auszüge aus den Akten der Ermittlungen gegen Rüstungsmanager auszugsweise abgedruckt, die Staatsanwaltschaft München ermittle deshalb wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen, bestätigte der Heyne Verlag am Dienstag Medienberichte der Münchner „Abendzeitung“ und der „Bild“-Zeitung. Erst vor wenigen Wochen hatte Harrich für seine Dokumentation „Tödliche Exporte“ für den Südwestrundfunk (SWR) den Grimme-Preis erhalten. Von der Staatsanwaltschaft war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Neben Harrich („Der blinde Fleck“) gibt es Verfahren auch gegen die Autoren Jürgen Grässlin und Danuta Harrich-Zandberg. Der Verlag sprach von einem offensichtlichen Einschüchterungsversuch, um missliebige Veröffentlichungen mit den Mitteln des Strafrechts zu sanktionieren. Zahlreiche Dokumente in dem Buch vom September 2015 seien von den Autoren selbst beschafft und der Staatsanwaltschaft übermittelt worden.

Harrich erklärte, er habe den Ermittlern einen großen Teil seiner Unterlagen zur Verfügung gestellt, um bei der Aufklärung illegaler Waffenlieferungen in mexikanischen Unruheprovinzen zu helfen. „Kann man dafür verfolgt werden, dass eigene Akten zu Ermittlungsakten werden?“ Er glaube, dass es ohne seine Unterlagen nicht zur Anklage gekommen wäre, sagte Harrich der Deutschen Presse-Agentur. Seiner Ansicht nach wird die Rolle der Behörden bei den Exporten nicht gewürdigt. Zuständige Kontrollbeamte im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hätten skandalös gehandelt, doch „wenn es um die Rolle der Behörden geht, wollen die nicht zuhören“, sagte Harrich. „Es fühlt sich an, als ob man gegen Wände rennt.“

Harrich und seine Co-Autoren hatte im vergangenen Sommer mit dem Film „Meister des Todes“ und dem Buch „Netzwerk des Todes“ Aufsehen erregt. Im Herbst gab es dazu einen Themenabend im Ersten, bei dem Harrichs Dokumentation „Tödliche Exporte“ lief, von der ARD mit einem umfassenden Internet-Angebot begleitet. Der Film beschreibt unter anderem, wie Waffen illegal von Deutschland aus nach Mexiko geliefert wurden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte im November 2015 nach jahrelangen Ermittlungen Anklage deshalb auch Anklage gegen frühere Mitarbeiter des Unternehmens Heckler & Koch aus Oberndorf in Baden-Württemberg erhoben. Die Ermittler warfen ihnen vor, von 2006 bis 2009 an Lieferungen von G36-Sturmgewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein. (dpa)